

Offenes Verfahren nach § 15 VgV, Erneuerung der MSR Technik und Heizung in der Weingartenschule in 65830 Kriftel, Dienstleistungsauftrag Technische Ausrüstung § 55 HOAI, Anlagengruppen 2 u. 8 § 53 Abs. 2 HOAI; TGA I

Allgemeiner Hinweis zum Vergabeverfahren und zu den Vergabeunterlagen

Das offene Verfahren nach VgV ist einstufig. Das bedeutet, dass jeder Bieter die geforderten Unterlagen bzw. Nachweise hinsichtlich der ausgeschriebenen Eignungs- und Zuschlagskriterien innerhalb der Angebotsfrist elektronisch über die Vergabeplattform im Rahmen der Angebotsabgabe beizubringen hat. Dieses Dokument enthält alle erforderlichen Hinweise zum Nachweis der Eignung bzw. Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien sowie Vergabeunterlagen, die beim Bieter verbleiben. Vom Auftraggeber zum Nachweis zur Verfügung gestellte Formulare bzw. Formblätter, welche bei Angebotsabgabe vom Bieter ausgefüllt beizubringen sind, enthält das Dokument **Vergabeunterlagen Teil II vom Bewerber zurückzusenden**.

I. Eignungskriterien:

	Befähigung zur Berufsausübung/Auflagen hinsichtlich der Eintragung im Handelsregister	
1	Aktuelle Eigenerklärung, dass keine zwingenden Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB vorliegen. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
2	Aktuelle Eigenerklärung, dass keine fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 Abs. 1 GWB vorliegen. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
3	Zusätzlich bei Bewerbern, die eine juristische Person sind: Aktueller Handelsregistrauszug bzw. einen den Rechtsvorschriften des Heimatstaates entsprechenden Nachweis in Kopie, die Angabe der Namen und die Angabe der beruflichen Befähigung der Personen, die für die Erbringung der Leistung verantwortlich sind (§ 43 Abs. 1 VgV). (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
4	Zusätzlich bei Bewerbungsgemeinschaften: Die Bewerbungsgemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist. Ebenso muss die Erklärung enthalten sein, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	
5	Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV) - bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Mitgliedern - in Kopie mit Deckungssummen von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 0,5 Mio. EUR für sonstige Schäden. Alternativ zum Nachweis, dass die entsprechende Haftpflichtversicherungsdeckung besteht, ist die Zusage einer Versicherung (in Kopie), dass im Auftragsfalle eine entsprechende Deckung verfügbar sein wird. !!! Der Nachweis bzw. die Zusage der Versicherung darf nicht älter als 3 Monate zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist sein !!! (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
6	Erklärung über den Umsatz für entsprechende Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren, Angaben getrennt pro Jahr (§ 45 Abs. 4 Nr. 4 VgV). Bei Bewerbungsgemeinschaften gilt dies in Summe. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit		
7	Auskunft nach § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV, hier Name und berufliche Qualifikation der vorgesehenen Projektbeteiligten. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
8	Nachweis der Berufsqualifikation als Ingenieur für den Bewerber oder den bevollmächtigten Vertreter und für den vorgesehenen Projektleiter (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 i.V. m. § 75 VgV). (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
9	Anzahl der Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind, in den letzten 3 Jahren (Angaben getrennt pro Jahr). Bei Bewerbergemeinschaften gilt dies in Summe. (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
10	Referenzliste vergleichbarer Leistungen aus den letzten 8 Kalenderjahren bis zum Ablauf der Angebotsfrist des Bieters bzw. von Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV). (Ziff. 5.1.9 der Bekanntmachung)	
Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:		
11	Verpflichtungserklärung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen nach dem Hessischen Vergabe- und Tariftreuegesetz (HVTG) vom 12.07.2021, GVBl. S. 338	
12	Zur Erfüllung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Russland-Sanktionen im Bereich der öffentlichen Vergabe) wurde den Teilnahmeunterlagen das Formblatt "Eigenerklärung Sanktions-VO" beigelegt. Diese Eigenerklärung ist unterschrieben mit den Angebotsunterlagen einzureichen.	

Hinweise zum Nachweis bzw. Wertung der Eignungskriterien

zu 1 u. 2. Fakultative bzw. zwingende Ausschlussgründe

Eigenerklärung bzw. Angabe erfolgt mit Formular B

zu 3. Handelsregisterauszug

Nachweis durch entsprechende Urkunde in Kopie

zu 4. Bietergemeinschaft

Eigenerklärung bzw. Angabe mit Formular A1

zu 5: Berufshaftpflichtversicherung:

Nachweis in durch entsprechende Erklärung/ Bescheinigung des Versicherers in Kopie

zu 6. Umsatz:

Angabe über die Umsätze der letzten 3 Jahre für entsprechende Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sind.

Eigenerklärung bzw. Angabe erfolgt mit Formular C

zu 7. Auskunft über die vorgesehenen Projektbeteiligten

Eigenerklärung bzw. Angabe erfolgt mit Formular D.

zu 8. Nachweis der Berufsqualifikation

Der Nachweis der Berufsqualifikation als Ingenieur erfolgt durch beigefügte Kopien (Eintragung Berufskammer, Genehmigungsurkunde oder Unterlagen und Bescheinigungen gemäß der Berufsankennungsrichtlinie, RL 2005/36/EG – EGABl. L 255/22 v. 30.9.2005) für den Bewerber oder den bevollmächtigten Vertreter und für den vorgesehenen Projektleiter. Bei natürlichen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn der Bewerber und der vorgesehene Projektleiter am Tag der Bekanntmachung nach dem hessischen Ingenieur- und Ingenieurkammergesetz (Hessisches Ingenieurgesetz - HIngG) berechtigt sind, in der dem Auftragsgegenstand entsprechenden Berufsaufgaben die Berufsbezeichnung "Ingenieur" zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland als "Ingenieur" tätig zu werden. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die dem Auftragsgegenstand entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person und der vorgesehene Projektleiter die fachlichen Anforderungen erfüllen, die an natürliche Personen gestellt werden.

Nachweis durch entsprechende Urkunden in Kopie

zu 9. Auskunft über die Anzahl der Mitarbeiter für entsprechende Dienstleistungen

Eigenerklärung bzw. Angabe erfolgt mit Formular C.

zu 10. Referenzen Bieter:

Die Bewertung erfolgt qualitativ über die abgeschlossenen spezifischen Referenzen insgesamt, die mit dem vorliegenden Projekt vergleichbar sind. Die Vergleichbarkeit orientiert sich an den technischen Anforderungen aus der Aufgabenbeschreibung. Dabei hat der Bieter den Nachweis der Eignung erbracht, wenn er mindestens 1 vergleichbare Referenz vorlegen kann.

Dabei werden nur Referenzen gewertet, deren Leistungserbringung abgeschlossen ist und bei denen die nachfolgenden Angaben vollständig gemacht wurden:

a) Art des Referenzobjektes

- b) Auftraggeber;
- c) Art der Baumaßnahme (Sanierung, im laufenden Betrieb); wenn Referenzen mehrere Leistungen umfassen (bspw. neben Sanierung auch Neubau etc. und verschiedene Anlagengruppen) die Angaben d) bis g) nur für Sanierung/Erneuerung und getrennt nach Anlagengruppen;
- d) anrechenbare Kosten in EUR (netto);
- e) Honorarzone;
- f) Zeitraum der Leistungserbringung;
- g) Anteil der selbst erbrachten Leistungen unter Benennung der erbrachten Leistungsphasen.

Nachweis durch Eigenerklärung bzw. Angabe mit Formular E.

zu 11. Verpflichtungserklärung nach HVTG

Eigenerklärung mit Formblatt Verpflichtungserklärung

Zu 12. Eigenerklärung Sanktions-VO

Eigenerklärung mit Formblatt Sanktions-VO

II. Zuschlagskriterien

Das einzige Zuschlagskriterium ist der niedrigste Preis.

Der Bieter hat für sein Honorarangebot im Formular Honorarangebot zwingend anzugeben:

- **den verlangten Ab- oder Zuschlag in Prozent auf den verbindlich vorgegebenen Basishonorarsatz im Leistungsbild technische Ausrüstung nach § 56 HOAI**
- **den verlangten Umbauzuschlag gem. § 56 Abs. 5 HOAI**
- **die verlangte Nebenkostenpauschale in Prozent**
- **das verlangte Pauschalhonorar für die Besonderen Leistungen (netto)**

Das Angebot mit dem niedrigsten Wertungspreis erhält den Zuschlag.

Der Wertungspreis wird wie folgt ermittelt:

Summe des Honorars für die Grundleistungen LP 1-9 der Anlagengruppen 2 und 8 (Ziffer 1 des Honorarangebots), Summe des Pauschalhonorars der besonderen Leistung der Anlagengruppen 2 und 8 (Ziffer 2 des Honorarangebots).

Erste Ausfertigung für den Auftraggeber
Zweite Ausfertigung für den Fachingenieur

V E R T R A G

Technische Gebäudeausrüstung

Zwischen dem Main-Taunus-Kreis

vertreten durch den Kreisausschuss

dieser wiederum
vertreten durch

Herrn Leitenden Verwaltungsdirektor Peter Wesp
Amtsleiter Hochbau- und Liegenschaftsamt

Am Kreishaus 1-5, 65719 Hofheim am Taunus

- nachstehend **A u f t r a g g e b e r** genannt -

und dem/den

.....
[Name Auftragnehmer]
[Adresse Auftragnehmer]

vertreten durch

.....
[Name Vertretungsberechtigter]

- nachstehend **F a c h i n g e n i e u r** genannt -

wird folgender Vertrag geschlossen:

§ 1

Gegenstand des Vertrages

Gegenstand dieses Vertrages sind Leistungen für die Technische Gebäudeausrüstung der Anlagengruppe/n

2. Wärmeversorgungsanlagen,

8. Gebäudeautomation.

für die Baumaßnahme:

Erneuerung der MSR Technik, Feldgeräte, Mischventile, Pumpenaustausch und Einzelraumregelung sowie Erneuerung der Hydraulik sowie Planung eines zusätzlichen BHKW und Austausch von einem Heizkessel in der Weingartenschule Kriftel

Der Focus der Maßnahme liegt auf dem Austausch der gesamten Einzelraumregelung der Liegenschaft während des laufenden Betriebes, daraus folgt ein sehr hoher Koordinationsaufwand. Die Grundlagenermittlung für das Aufnehmen vor Ort, das Erstellen und vervollständigen der teilweise unvollständigen Pläne auf den Ist-Zustand bzw. im Projekt zu realisierende Umbauten ist zu beachten. Es sind passend zum Gebäude und zum Zwecke der Energieeinsparung Regelkonzepte und die Regelbeschreibung für die Programmierung zu erstellen. Die Koordination und Abstimmung von Arbeiten mit der Schule und dem Auftraggeber erfolgt unter Beachtung von Ferien, Prüfungen und Veranstaltungen.

Der Fachingenieur hat mit der Leistungserbringung umgehend nach der Auftragserteilung (voraussichtlich Anfang Juli 2026) zu beginnen. Zudem ist vorgesehen, dass die Aufnahme in den Klassenräumen vor Ort bereits in den Sommerferien 2026 durchgeführt wird. Es ist beabsichtigt, dass die Ergebnisse der Leistungsphase 2 etwa 3 Monate nach Auftragserteilung (Mitte Oktober 2026), die Ergebnisse der Leistungsphase 4 etwa 5 Monate nach Auftragserteilung (Mitte Dezember 2026) und die Ergebnisse der Leistungsphase 7 etwa 8 Monate nach Auftragserteilung (Mitte März 2027) dem AG vorgelegt werden.

§ 2

Leistungen des Auftraggebers

- 2.1 Bereitstellen der Grundrisse und Ansichten im M 1:100
- 2.2 Durchführung des Vergabeverfahrens unter Verwendung der Ausarbeitung des Fachingenieurs

§ 3

Leistungen des Fachingenieurs

- 3.1 Der Fachingenieur führt seine Leistungen auf der Grundlage der ihm vom Auftraggeber zur Verfügung zu stellenden Unterlagen aus.
- 3.2 Die vom Fachingenieur nach diesem Vertrag auszuführenden Leistungen umfassen alle zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung erforderlichen berufsspezifischen Tätigkeiten und Aufgaben, auch wenn sie im Vertrag nicht gesondert aufgeführt oder nicht ausdrücklich beschrieben sind. Maßstab für den Leistungsumfang ist der vom Auftragnehmer geschuldete werkvertragliche Leistungserfolg.

Der Fachingenieur ist verpflichtet, seine Leistungen in allen Leistungsstufen so zu erbringen, dass die die Baumaßnahme gemäß den Vorgaben nach § 14 (Planungs- und Überwachungsziele) mangelfrei hergestellt werden kann. Bei diesen Planungs- und

Überwachungszielen handelt es sich um die für den Auftraggeber im Zeitpunkt des Vertragsschlusses wesentlichen Planungs- und Überwachungsziele im Sinne des § 650p Abs. 1 BGB und damit um die vereinbarte Beschaffenheit des vom Fachingenieur geschuldeten Werks.

Der Fachingenieur schuldet im Rahmen dieses Vertrages auf der Grundlage der an ihn beauftragten Leistung jeweils für den Bauherrn verwertbare Arbeits- und Planungsergebnisse.

Zu erbringen sind alle Grundleistungen der beauftragten Leistungsphasen des § 55 HOAI 2021, die unter Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021 aufgelistet sind und nicht ausdrücklich ausgenommen wurden. Diese gelten als Leistungsverpflichtung und sind zu dokumentieren.

Neben den unter Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021 aufgeführten Grundleistungen ist die Bauaufgabe durch Erbringung der unter den einzelnen Leistungsphasen im Vertrag aufgeführten Einzelaspekten zu konkretisieren.

- 3.3 Der Auftraggeber überträgt dem Fachingenieur **zunächst** folgende Leistungen nach § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021 (Leistungsstufe I):

Leistungsstufe I

		Anlagengruppen							
		1	2	3	4	5	6	7	8
		Bewertung in v.H.							
1. Grundlagenermittlung			2						2
alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 1									
2. Vorplanung (Projekt- und Planungsvorbereitung)			9						9
alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 2									
3. Entwurfsplanung (System- und Integrationsplanung)			17						17
alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 3									
Leistungsstufe I gesamt			28						28

- 3.4 Der Auftraggeber behält sich vor, dem Fachingenieur bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme als Vertragserweiterung die Leistungsstufe II (Leistungsphasen 4 bis 5) zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch **schriftliche Mitteilung**.

Leistungsstufe II

		Anlagengruppen							
		1	2	3	4	5	6	7	8
		Bewertung in v.H.							
4. Genehmigungsplanung			2						0
alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 4									
5. Ausführungsplanung			22						22
alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 5									
Leistungsstufe II gesamt			24						22

- 3.4 Der Auftraggeber behält sich vor, dem Fachingenieur bei Fortsetzung der Planung und Durchführung der Baumaßnahme als Vertragserweiterung die Leistungsstufe III (Leistungsphasen 6 bis 9) zu übertragen. Die Übertragung erfolgt durch **schriftliche Mitteilung**.

Leistungsstufe III

Anlagengruppen

1	2	3	4	5	6	7	8
---	---	---	---	---	---	---	---

Bewertung in v.H.

6. Vorbereitung der Vergabe alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 6		7					7
7. Mitwirkung bei der Vergabe alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 7 außer Einholen von Angeboten		4					4
8. Objektüberwachung (Bauüberwachung) alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 8 Fortschreiben der Ausführungsplanung auf Grund der gewerkeorientierten Bearbeitung während der Objektausführung und zum Projektabschluss auf den Stand der Bauausführung (Bestandspläne)		35					35
9. Objektbetreuung und Dokumentation alle Grundleistungen gemäß § 55 u. Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021, LP 9		1					1
Leistungsstufe III gesamt		47					47

- 3.5 Der Fachingenieur ist verpflichtet, diese weiteren Leistungen zu erbringen, wenn ihm vom Auftraggeber innerhalb von 6 Monaten
- nach Fertigstellung der Leistungen der Leistungsstufe I die Leistungsstufe II sowie
 - nach Fertigstellung der Leistungen der Leistungsstufe II die Leistungsstufe III übertragen wird.

Wenn dem Fachingenieur die Leistungsstufe II bzw. die Leistungsstufe III nicht innerhalb der genannten Frist übertragen wird, kann der Fachingenieur eine Weiterbeauftragung aus wichtigen Gründen ablehnen, wenn er innerhalb einer Frist von 2 Wochen nach Übertragung der Leistungsstufe II bzw. nach Übertragung der Leistungsstufe III dies schriftlich mitteilt. Ein Schadensersatzanspruch des Auftraggebers entsteht dadurch nicht.

Ein Rechtsanspruch auf Übertragung von Leistungen aus der Leistungsstufe II bzw. der Leistungsstufe III besteht nicht.

Aus der stufenweisen Beauftragung kann der Fachingenieur keine Erhöhung seines Honorars ableiten.

§ 4

Honorierung des Fachingenieurs

- 4.1 Die Honorierung richtet sich nach den anrechenbaren Kosten der Anlage auf Grundlage der Kostenberechnung oder, soweit diese nicht vorliegt, auf der Grundlage der Kostenschätzung, die nach der DIN 276 in der Fassung vom Dezember 2008 (DIN 276-1:2008-12) aufzustellen ist (§ 6 Abs. 1 HOAI 2021 i.V.m. §§ 4 u. 54 HOAI 2021), nach der Honorarzone **II Basissatz** für die Anlagengruppe 2, und nach der Honorarzone **III Basissatz** für die Anlagengruppen 8 gemäß §§ 2a, 5 u. 56 HOAI 2021 i.V.m. Anlage 15 Nr. 5.2 HOAI 2021, dem Zuschlag von [...] % auf obigen Satz bzw. dem Abschlag von [...] % auf obigen Satz, nach den vereinbarten Prozentsätzen der beauftragten Leistungsphasen und der Honorartafel zu § 56 Abs. 1 HOAI 2021. Im Honorar und

den Nebenkosten ist die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nicht enthalten (§ 16 HOAI 2021); sie wird in der gesetzlichen Höhe gesondert in Rechnung gestellt.

4.2 Bei Änderung des gesetzlichen Mehrwertsteuersatzes wird bereits jetzt schon Teilschlussrechnung gemäß dem erbrachten Leistungsstand zum Stichtag der Mehrwertsteueränderung vereinbart.

4.3 frei

4.4 Leistungsänderungen

§ 650b BGB gilt hinsichtlich der Leistungsänderungsrechte des Auftraggebers mit folgender Maßgabe:

a) Begehrt der Auftraggeber gegenüber dem Fachingenieur eine Änderung des vereinbarten Werkerfolgs oder eine Änderung, die zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs notwendig ist, ist der Fachingenieur verpflichtet, dem Auftraggeber unverzüglich ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung vorzulegen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs jedoch nur, soweit ihm die Ausführung der Änderung zumutbar ist.

Aus dem Angebot des Fachingenieurs müssen sich Art und Umfang der geänderten oder zusätzlichen Leistungen sowie die geänderte oder zusätzliche Vergütung, die nach Maßgabe der Regelungen in § 4 Nr. 4.5 zu ermitteln ist, ergeben.

b) Die Parteien streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an.

c) Erzielen die Parteien binnen angemessener Frist, spätestens nach 15 Kalendertagen, nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Fachingenieur keine Einigung nach § 4 Nr. 4.4 lit. b, kann der Auftraggeber die Änderung in Textform anordnen. Der Fachingenieur ist verpflichtet, der Anordnung nachzukommen, bei einer Änderung des vereinbarten Werkerfolgs aber nur, soweit ihm die Ausführung zumutbar ist.

d) Dem Auftraggeber steht ein Anordnungsrecht ohne Einhaltung einer Frist zu, soweit

- der Fachingenieur ein Angebot nach § 4 Nr. 4.4 lit. a nicht rechtzeitig vorgelegt hat oder
- nach Vorlage des Angebots eine Einigung nach § 4 Nr. 4.4 lit. c endgültig gescheitert ist oder
- der Fachingenieur eine Einigung nach § 650b Abs. 1 BGB ernsthaft und endgültig ablehnt oder
- die Ausführung der Änderung vor Ablauf der Verhandlungsfrist unter Abwägung der beiderseitigen Interessen dem Fachingenieur zumutbar ist. Die Ausführung vor Ablauf der Verhandlungsfrist ist dem Fachingenieur in der Regel zumutbar, soweit ohne eine sofortige Anordnung einer notwendigen Änderung zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolgs die Bau-, Planungs- oder Projektablaufe nicht nur unwesentlich beeinträchtigt werden, insbesondere Gefahr im Verzug ist.

e) Es wird vereinbart, dass Vorschläge und Optimierungen des Fachingenieurs in gestalterischer, konstruktiver, funktionaler oder wirtschaftlicher Hinsicht während der Erstellung der Planung und vor Abschluss der einzelnen Planungsphasen, z.B. unterschiedliche Lösungsvarianten etc. zum normalen, durch das vereinbarte Honorar abgegoltenen Leistungsumfang des Fachingenieurs gehören und deshalb von vornherein nicht als Änderungsleistungen anzusehen sind. Weiter hat der Fachingenieur etwaige Vorgaben der Genehmigungsbehörden zu beachten. Diese sind dem Auftraggeber mitzuteilen und - in Abstimmung mit dem Auftraggeber - in die Planung zu übernehmen, es sei denn, der Auftraggeber erteilt eine andere Anordnung.

f) Im Übrigen bleibt § 650b BGB unberührt.

4.5 Honorar bei Leistungsänderungen

Begehrt der Auftraggeber geänderte Leistungen im Sinne von § 4 Nr. 4.4 oder ordnet der Auftraggeber solche Leistungen an, so erfolgt eine Anpassung der Vergütung des Fachingenieurs gemäß den folgenden Festlegungen:

Die Anpassung der Vergütung richtet sich grundsätzlich nach § 650q Abs. 2 BGB. § 10 HOAI 2021 ist mit der Maßgabe anwendbar, dass eine Einigung zwischen Auftraggeber und Fachingenieur nicht vorausgesetzt wird.

Stimmt der Auftraggeber alternativ schriftlich einer aufwandsbezogenen Abrechnung zu und erfordern die zu ändernden oder geänderten Leistungen im Verhältnis zu den beauftragten Leistungen einen erhöhten Aufwand, erhält der Fachingenieur ein zusätzliches Honorar unter Zugrundelegung der Stundensätze gemäß § 4 Nr. 4.9

Der Fachingenieur ist verpflichtet, den Auftraggeber vor der Ausführung von Leistungen darauf hinzuweisen, dass es sich seiner Meinung nach um zusätzlich zu honorierende Leistungen nach dieser Vorschrift handelt, den voraussichtlichen Zeitaufwand zu benennen und die Entscheidung des Auftraggebers über die Anordnung entsprechender Leistungen abzuwarten. Soweit der Zeitaufwand hinreichend abschätzbar ist, hat der Fachingenieur dem Auftraggeber auf dessen Verlangen ein Pauschalhonorar anzubieten.

- 4.6 Für Besondere Leistungen der Leistungsphase 1, Grundlagenermittlung (in Anlage 15 Nr. 15.1 HOAI 2021 aufgeführt):
- Anlagengruppe 2 - Heizung: Bestandsaufnahme, zeichnerische Darstellung und Nachrechnen vorhandener Anlagen und Anlagenteile [....]
 - Anlagengruppe 8 - MSR Technik: Bestandsaufnahme, zeichnerische Darstellung und Nachrechnen vorhandener Anlagen und Anlagenteile [....]
- 4.7 Für Zusätzliche Leistungen: -entfällt-
- 4.8 Zuschlag für Umbau und Modernisierung: [....]
(§ 56 Abs. 5 HOAI 2021)
- 4.9 Werden Leistungen des Fachingenieurs oder seines Mitarbeiters nach Zeitaufwand berechnet, werden folgende Stundensätze vergütet:
- | | |
|-------------------------|------------------------|
| Für den Fachingenieur | 90,00EUR/Stunde |
| Für Mitarbeiter | 71,00EUR/Stunde |
| Für technische Zeichner | 56,00EUR/Stunde |
- 4.10 Das Honorar wird fällig, wenn nach vertragsgemäßer Erbringung aller Leistungen und Vollendung auch der letzten beauftragten Leistungsphase die Gesamtleistung abgenommen und eine prüffähige Honorarschlussrechnung überreicht worden ist. Der Auftraggeber nimmt die Leistungen des Fachingenieurs nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe ab; Voraussetzung ist, dass die Leistungen abnahmefähig fertig gestellt sind und keine wesentlichen Mängel erkennen lassen. Abweichend von Satz 2 kann der Fachingenieur eine Teilabnahme der Leistungen in folgenden Fällen verlangen:
- Der Fachingenieur kann ab der Abnahme der letzten Leistung des bauausführenden Unternehmers oder der bauausführenden Unternehmer eine Teilabnahme der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen verlangen, § 650s BGB.
 - Verlangt der Fachingenieur keine Teilabnahme nach § 650s BGB, hat er gleichwohl nach Beendigung der Objektüberwachung/Bauüberwachung und Dokumentation einen Anspruch auf Teilabnahme, sofern lediglich noch Leistungen der Objektbetreuung zu erbringen sind. Sonstige Teilabnahmen finden nicht statt. Die Abnahme ist vom Auftragnehmer in Textform zu beantragen. Die Abnahme hat gemeinsam und förmlich zu erfolgen. Das Ergebnis der Abnahme ist in einem gemeinsamen Protokoll festzuhalten; im Protokoll sind vorhandene Mängel festzustellen und die vertraglichen Erfüllungsansprüche vorzubehalten.
- Alle Rechnungen (einschließlich Nachweise für Nebenkosten) sind im Original einzureichen.
- 4.11 Können beauftragte Leistungen nicht ausgeführt werden, so werden nur die tatsächlich erbrachten Leistungen nach dem Leistungsbild vergütet; werden Teilleistungen nicht vollständig erbracht, erhält der Fachingenieur einen im beiderseitigen Einvernehmen festgesetzten angemessenen Betrag für die wirkliche Leistung vergütet. Weitergehende Ansprüche des Fachingenieurs sind ausgeschlossen.
- 4.12 Erst nach Erteilung der Baugenehmigung gelten die Unterlagen für die weitere Bearbeitung als geeignet. Die Genehmigung wird dem Fachingenieur schriftlich mitgeteilt.
- 4.13 Beim Eintreten nicht vorhergesehener oder nicht vorhersehbarer Umstände oder Ereignisse können hinsichtlich Auftragsabgrenzungen Honorar-Neuvereinbarungen - auch abschnittsweise - getroffen werden.

- 4.14 Die Ausgaben des Auftraggebers unterliegen der Rechnungsprüfung durch die Revision. Die Rechnungsprüfung kann auch erst nach Ablauf mehrerer Jahre durchgeführt werden. Die gesetzliche Verjährungsfrist (§ 195 BGB) von Ansprüchen des Auftraggebers wegen Überzahlung des Fachingenieurs von Ansprüchen aus ungerechtfertigter Bereicherung wegen insoweit festgestellter ungerechtfertigter Zahlungen bzw. Überzahlungen beginnt mit der Kenntnis des Auftraggebers vom Ergebnis der Rechnungsprüfung, es sei denn, der Auftraggeber hatte bereits zuvor von der Überzahlung Kenntnis oder seine Unkenntnis war grob fahrlässig; § 199 Absatz 4 BGB bleibt unberührt. Die Ansprüche verjähren spätestens nach 10 Jahren ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn, § 202 Absatz 2 BGB. Der Fachingenieur muss bis zum Ablauf der Verjährungsfrist damit rechnen, dass er auf Erstattung dieser ungerechtfertigt gezahlten Beträge in Anspruch genommen wird.

§ 5

Abschlagszahlungen

- 5.1 Auf Anforderung des Fachingenieurs werden Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen vertragsgemäßen Leistungen und Nebenkosten einschließlich Umsatzsteuer gewährt. Die Forderungsaufstellung (Abschlagsrechnung) muss prüffähig sein. Abschlagszahlungen erfolgen nach Maßgabe des § 632a Abs.1 BGB.
- 5.2 Als Sicherheit für die Erfüllung sämtlicher dem Fachingenieur obliegender Verpflichtungen aus diesem Vertrag, insbesondere die vertragsgemäße Ausführung der Leistung einschließlich Abrechnung, Mängelbeseitigung und Schadensersatz sowie die Erstattung von Überzahlungen einschließlich der Zinsen behält der Auftraggeber von jeder Abschlagszahlung jeweils 5 % bis zu einer Höhe von 5 % des tatsächlichen Gesamthonorars ein.
- 5.3 Der Fachingenieur kann stattdessen auch eine selbstschuldnerische Bürgschaft eines in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Kreditinstitut bzw. Kredit- oder Kautionsversicherer stellen. Die Bankbürgschaft ist unter Ausschluss der Hinterlegung und unter Verzicht auf die Einrede der Vorausklage, zudem ohne Befristung, auszustellen. Einbehalte bzw. Sicherheiten für Leistungen des Fachingenieurs sind spätestens nach erfolgter Abnahme der Leistungen des Fachingenieurs nach Erbringung der letzten beauftragten Leistungsstufe bzw. Teilabnahme nach § 4 Nr. 4.10, 1. oder 2. Variante der von ihm bis dahin erbrachten Leistungen, auszus zahlen bzw. zurückzugeben, soweit der Auftraggeber nicht zu diesem Zeitpunkt bereits Ansprüche in Bezug auf diese Leistungen geltend gemacht hat.

§ 6

Nebenkosten

- 6.1 Die Nebenkosten werden pauschal mit [...] % vergütet und beinhalten alle Kosten, die in § 14 HOAI 2021 aufgeführt sind, sofern nachstehend nichts anderes vereinbart ist.
- 6.2 Kosten für Vervielfältigungen von Zeichnungen und Leistungsverzeichnissen, die ab Leistungsphase 5 anfallen, werden auf Nachweis gesondert vergütet.

§ 7

Allgemeine Pflichten des Fachingenieurs

- 7.1 Die Leistungen müssen dem allgemeinen Stand der einschlägigen Wissenschaft, den allgemein anerkannten Regeln der Technik, dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und den öffentlich-rechtlichen Bestimmungen entsprechen. Die Leistungsanforderungen an den Fachingenieur werden durch die Sachkunde des Auftraggebers nicht gemindert.
- 7.2 Der Fachingenieur hat insbesondere zu beachten

- die Richtlinien für die Durchführung von Bauaufgaben
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB)
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL)
- Die Richtlinien für die Vergabe von Bauleistungen - VHB –

- 7.3 Als Sachwalter seines Auftraggebers darf der Fachingenieur keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen vertreten.
- 7.4 Der Fachingenieur hat seine Leistungen nach den Anordnungen und Anregungen des Auftraggebers hinsichtlich der baulichen Gestaltung zu erfüllen und etwaige Bedenken hiergegen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen; er hat seine vereinbarten Leistungen vor ihrer endgültigen Ausarbeitung mit dem Auftraggeber und den anderen fachlich Beteiligten abzustimmen.
Der Fachingenieur hat den Auftraggeber so frühzeitig wie möglich schriftlich auf voraussichtliche Qualitäts-, Kosten- und Terminabweichungen oder Nicht-Einhaltung von Planungs- und Überwachungszielen schriftlich hinzuweisen. Der Fachingenieur ist in diesem Fall verpflichtet, alternative Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
Die Anordnungen des Auftraggebers oder die sich aus Vorgaben von Genehmigungsbehörden ergebenden Änderungsleistungen sind vom Fachingenieur darauf zu überprüfen, ob sie die vertraglich vereinbarten Kosten-, Quantitäts-, Qualitäts-, Termin- oder sonstigen Vorgaben gefährden. Wenn dies der Fall ist, hat der Fachingenieur den Auftraggeber hierauf hinzuweisen.
- 7.5 Sind mehrere Vorentwurfsskizzen bei gleichbleibendem Programm erforderlich, werden diese nicht gesondert vergütet. Um kostspielige und zeitraubende Planungsarbeiten zu vermeiden, sind Vorentwurfsskizzen vor Anfertigung der vorlagereifen Vorentwurfspläne vom Fachingenieur dem Auftraggeber rechtzeitig zur Überprüfung vorzulegen.
- 7.6 Sämtliche Ausführungszeichnungen und Leistungsverzeichnisse bedürfen vor Weitergabe zur Ausführung der schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.
- 7.7 Die Erfüllungshaftung des Fachingenieurs für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Entgegennahme von Arbeitsergebnissen durch den Auftraggeber vor Abnahme nicht eingeschränkt. Mit der Freigabe von Planungen, Berechnungen, Zeichnungen oder sonstigen Leistungen des Fachingenieurs übernimmt der Auftraggeber keinerlei Risiko- oder Haftung. Der Fachingenieur kann sich gegenüber dem Auftraggeber nicht darauf berufen, dass dieser aufgrund eigener Sachkunde Mängel der Planung des Fachingenieurs hätte erkennen können oder müssen.
- 7.8 Der Fachingenieur schuldet die Genehmigungsfähigkeit seiner Planung. Der Fachingenieur hat sich rechtzeitig zu vergewissern, ob seiner Planung öffentlich-rechtliche Hindernisse und Bedenken entgegenstehen. Auf etwaige Bedenken hat er den Auftraggeber frühzeitig schriftlich hinzuweisen. Der Fachingenieur ist bei Genehmigungshindernissen verpflichtet, ohne besondere Vergütung alternative Lösungsvorschläge zu unterbreiten.
- 7.9 Der Fachingenieur oder sein Vertreter verpflichten sich, zur Interpretation der Pläne und Leistungsverzeichnisse sowie zur Klärung etwaiger Unklarheiten auf der Baustelle jeweils unverzüglich zur Verfügung zu stehen und die entsprechenden Anweisungen zu geben.
- 7.10 Die Leistungen des Fachingenieurs sind zu erbringen, wie sie durch die Vorschriften, an welche die Behörde gebunden ist, gefordert werden. Dies gilt insbesondere für die Behandlung von Rechnungen und das Stellen der Schlussrechnung mit den dazu erforderlichen Anlagen.
- 7.11 Die Verantwortung für die Überwachung der Fach-Baumaßnahme liegt beim Fachingenieur.
- 7.12 Der Fachingenieur darf im Rahmen der beauftragten Leistungen mit den Leistungen einer nachfolgenden Leistungsphase erst beginnen, wenn er zuvor die Leistungen der vorhergehenden Leistungsphase vollständig fertiggestellt und mit dem Auftraggeber erörtert hat. Eine (Teil-) Abnahme der Leistungen des Fachingenieurs ist hiermit nicht verbunden.
- 7.13 Der Fachingenieur hat die ihm übertragenen Leistungen selbst in seinem Büro mit eigenen angestellten Mitarbeitern zu erbringen. Zu einer Übertragung von Leistungen an Dritte (z. B. Subplaner oder freie Mitarbeiter) ist er nur berechtigt, wenn der Auftraggeber dem zustimmt.

- 7.14 Der Fachingenieur ist verpflichtet, auf Aufforderung des Auftraggebers neben den erforderlichen Planungs- und Baubesprechungen an regelmäßigen das Projekt betreffenden weiteren Erläuterungs- und Erörterungsterminen (bspw. mit politischen Gremien) ohne Anspruch auf zusätzliches Honorar teilzunehmen.
- 7.15 Der Fachingenieur verpflichtet sich, auf Verlangen des Auftraggebers rechtzeitig vor Aufnahme der Tätigkeiten eine Verpflichtungserklärung nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469, 547), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942), auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten aus dem Auftrag vor dem Auftraggeber schriftlich abzugeben. Obige Verpflichtungserklärungen sind vom Fachingenieur (bei juristischen Personen von dem bevollmächtigten Vertreter der juristischen Person), dem Projektleiter und dem stellvertretenden Projektleiter abzugeben.
- 7.16 In Bezug auf das Projektteam des Fachingenieurs treffen die Parteien folgende Vereinbarungen:
Das Projektteam besteht aus folgenden Leitungsmitgliedern:

...[Name des PL aus Angebot]..... als Projektleiter

...[Name des StvPL aus Angebot]... als stellvertretender Projektleiter
- 7.17 Der Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter müssen für die Leistungen aus diesem Vertrag im erforderlichen Umfang zu Verfügung stehen, während der Arbeitszeiten erreichbar sein und die Arbeiten tatsächlich selbst leiten. Der Projektleiter und der stellvertretende Projektleiter sind auf Seiten des Fachingenieurs für alle Bereiche Ansprechpartner und Koordinatoren.
- 7.18 Der Fachingenieur darf die in § 7 Nr. 16 namentlich benannten Projektleiter und stellvertretenden Projektleiter nur mit Zustimmung des Auftraggebers ablösen. Der Auftraggeber ist zur Zustimmung nur verpflichtet, wenn für die Ablösung ein wichtiger Grund besteht und eine nachweislich mindestens ebenso qualifizierte Person an dessen Stelle tritt. Anderenfalls ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages sowie zur Geltendmachung weiterer Ansprüche berechtigt.
- 7.19 Wenn ein wichtiger Grund hierfür vorliegt, kann der Auftraggeber die unverzügliche Ersetzung des Projektleiters oder des Vertreters des Projektleiters verlangen.
- 7.20 Der Fachingenieur hat für dieses Projekt auch über die vorstehenden Leitungsmitglieder hinaus stets qualifiziertes Personal in dem erforderlichen Umfang einzusetzen.

§ 8

Überwachung der Bauausführung

- 8.1 Die Herstellung des Bauwerks ist auf Übereinstimmung mit den Ausführungszeichnungen, auf Einhaltung der anerkannten Regeln der Technik und der einschlägigen Vorschriften sowie auf vertragsmäßige Baustofflieferung und Ausführung örtlich zu überwachen.
- 8.2 Von den vom Auftraggeber anerkannten Ausführungszeichnungen sowie von den mit den ausführenden Firmen abgeschlossenen Verträgen darf nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgewichen werden. Abweichungen der Leistungen vom Vertrag hat der Fachingenieur im Bautagebuch zu vermerken und dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen.
- 8.3 Die mit dem Überwachen der Bauausführung Beauftragten müssen grundsätzlich über eine abgeschlossene Fachausbildung und eine angemessene Baustellenpraxis - in der Regel von mindestens drei Jahren - verfügen. Der örtliche Vertreter des Fachingenieurs auf der Baustelle ist dem Auftraggeber vor Beginn der Arbeiten schriftlich zu benennen.

Bestellen und Wechsel des örtlichen Vertreters des Fachingenieurs bedürfen des schriftlichen Einvernehmens der Vertragspartner.

- 8.4 Der mit der örtlichen Bauüberwachung Beauftragte hat zum Nachweis aller Leistungen die Ausführungszeichnungen der tatsächlichen Ausführung entsprechend während der Bauzeit zu ergänzen bzw. ihre Ergänzung zu veranlassen. Für Leistungen, die sich in den Ausführungszeichnungen nicht darstellen lassen oder nach Fertigstellung des Bauwerkes nicht mehr messbar bleiben, sind besondere Aufmaß-Skizzen, Fotos oder dergleichen zu fertigen. Aufmäße sind schriftlich festzulegen, damit sie nachprüfbar sind. Sie müssen von den ausführenden Firmen anerkannt sein.
- 8.5 Wird vom Auftraggeber festgestellt, dass bei Fortschreiten der Baumaßnahme ein Fachbauleiter nicht ausreicht, dann ist die Bauleitung mit weiteren qualifizierten Fachkräften zu besetzen. Der Auftraggeber kann die Ablösung des örtlichen Bauleiters jederzeit verlangen.
- 8.6 Stundenlohnarbeiten sind täglich zu prüfen und zu bescheinigen. Ein Nachweis der ausgeführten Stundenlohnarbeiten ist wöchentlich dem Auftraggeber vorzulegen. Leistungen und gesondert vergebene Lieferungen sind rechtzeitig abzunehmen.

§ 9

Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber, Fachingenieur und anderen fachlich Beteiligten

- 9.1 Dem Fachingenieur gegenüber ist nur das Hochbau- und Liegenschaftsamt, nicht die nutzende Verwaltung weisungsbefugt.
- Andere Projektbeteiligte oder als Berater des Auftraggebers auftretende Personen (wie z.B. Projektsteuerer) können dem Fachingenieur gegenüber nur dann rechtswirksame (und insbesondere kostenauslösende) Anordnungen treffen, wenn der Auftraggeber dem schriftlich vorher zugestimmt oder er die Genehmigung nachträglich erteilt hat.
- 9.2 Der Fachingenieur hat den Auftraggeber über die Notwendigkeit des Einsatzes von Sonderfachleuten und Fachingenieuren (bspw. zu den Bereichen Baugrund, Tragwerksplanung, Brandschutz, Bauphysik) zu beraten und die von den Sonderfachleuten/ Fachingenieuren erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren, mit seinen Leistungen abzustimmen und in diese einzuarbeiten. Die Beiträge der anderen an der Planung fachlich Beteiligten hat der Fachingenieur auf Richtigkeit und Plausibilität zu prüfen, bevor er sie zur Grundlage der eigenen Leistungen macht.
- 9.3 Der Fachingenieur ist verpflichtet, den anderen fachlich Beteiligten die notwendigen Angaben und Unterlagen so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können.
- 9.4 Wenn während der Ausführung der Leistungen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Fachingenieur und anderen fachlich Beteiligten auftreten, hat der Fachingenieur unverzüglich schriftlich die Entscheidung des Auftraggebers herbeizuführen.

§ 10

Vertretung des Auftraggebers durch den Fachingenieur

- 10.1 Der Fachingenieur ist zur Wahrung der Rechte und Interessen des Auftraggebers im Rahmen der ihm übertragenen Leistungen berechtigt und verpflichtet. Er hat den Auftraggeber unverzüglich über Umstände zu unterrichten, aus denen sich Ansprüche gegen mit der Bauausführung beauftragte Unternehmen ergeben können. Die Geltendmachung derartiger Ansprüche obliegt dem Auftraggeber.

- 10.2 Der Fachingenieur ist nicht berechtigt, den Auftraggeber rechtsgeschäftlich zu vertreten. Er ist jedoch befugt, Anordnungen zu treffen, die zur vertragsgemäßen Ausführung der beauftragten Bau- und Lieferleistungen und zur Sicherstellung eines einwandfreien Projektablaufes notwendig sind und keinerlei nachteilige Auswirkungen qualitativer, terminlicher und finanzieller Art für den Auftraggeber haben (z. B. Erteilung von Mängelrügen oder Setzen von Fristen gegenüber dem Bauunternehmer). Dies gilt auch für Erklärungen, die für die Wahrnehmung des Auftrags zur Koordinierung und Betreuung der Bauleistungen sachlich notwendig sind. Für die Beauftragung kostenauslösender Maßnahmen (z. B. Beauftragung von Nachtragsleistungen) hat der Fachingenieur keine Vollmacht.
- 10.3 Der Fachingenieur darf Dritten, ohne Einwilligung des Auftraggebers, keine Pläne aushändigen. Werden dem Fachingenieur Unterlagen vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt, darf er diese Unterlagen an Dritte nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers weitergeben. Der Fachingenieur verpflichtet sich zur absoluten Verschwiegenheit im Verhältnis zu Dritten hinsichtlich sämtlicher ihm zugänglicher Kenntnisse und Informationen über das Projekt (einschließlich der Inhalte der vom Auftraggeber eingegangenen Vertragsbeziehungen, insbesondere auch über die Inhalte seines Fachingenieurvertrages).

§ 11

Auskunftspflicht des Fachingenieurs

Der Fachingenieur hat dem Auftraggeber auf Anforderung über seine Leistungen unverzüglich und ohne besondere Vergütung Auskunft zu erteilen. Diese Auskunftspflicht besteht über die Abwicklung des Auftrages hinaus auf 10 Jahre.

§ 12

Herausgabeanspruch des Auftraggebers

Die vom Fachingenieur zur Erfüllung dieses Vertrages angefertigten Unterlagen - Pläne oder Zeichnungen als Transparentpausen - sind an den Auftraggeber herauszugeben; sie werden dessen Eigentum. Die dem Fachingenieur überlassenen Unterlagen, auch alle behördlichen Unterlagen, sind dem Auftraggeber spätestens nach Erfüllung seines Auftrages zurückzugeben. Zurückbehaltungsrechte, die nicht auf diesem Vertragsverhältnis beruhen, sind ausgeschlossen.

§ 13

Urheberrecht

- 13.1 Der Fachingenieur steht dafür ein, dass seine Planung frei von Rechten Dritter ist.
- 13.2 Soweit die vom Fachingenieur erstellten Unterlagen (insbesondere Pläne) und das ausgeführte Werk ganz oder in Teilen urheberrechtlich geschützt sind, bestimmen sich die Rechte des Auftraggebers auf Nutzung, Änderung und Veröffentlichung dieser Werke zusätzlich nach § 13 Nr. 13.5 bis 13.8
Gegen fachliche Weisungen des Auftraggebers bis zur Freigabe des fertiggestellten Planungsergebnisses kann der Fachingenieur nicht einwenden, dass die von ihm im Rahmen des Auftrags erstellten Pläne und Unterlagen seinem Urheberrecht unterliegen.
- 13.3 Der Auftraggeber darf die vom Fachingenieur erstellten Unterlagen, insbesondere die Pläne, für das Bauvorhaben und das ausgeführte Werk ohne Mitwirkung des Fachingenieurs nutzen, ändern und verwerten. Der Auftraggeber ist, auch im Falle einer vorzeitigen Beendigung des Vertrages berechtigt, die Planung und/oder das Bauwerk ohne Mitwirkung des Fachingenieurs (auch unter Einschaltung Dritter) zu vollenden. Die Leistungen des Fachingenieurs dürfen nur für das vertragsgegenständliche Bauvorhaben verwendet werden. Der Fachingenieur kann (auch nach Beendigung des Vertrages) in Abstimmung mit dem Auftraggeber das Bauvorhaben betreten, um Lichtbilder zu fertigen. Das Veröffentlichungsrecht des Fachingenieurs unterliegt der

vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers. Die Planungs- und Kostendaten der Baumaßnahme dürfen vom Fachingenieur nicht an Dritte weitergegeben werden; § 9 Nr. 9.3 bleibt davon unberührt.

- 13.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, das Bauwerk nach seiner Fertigstellung ohne Mitwirkung des Fachingenieurs zu ändern, insbesondere zu erweitern, umzubauen und zu modernisieren.
- 13.5 Sofern ein Urheberrecht des Fachingenieurs besteht, besteht die Berechtigung des Auftraggebers zu Änderungen, insbesondere zu Erweiterungen, Umbauten und Modernisierungen nur, wenn nach einer Interessenabwägung die Belange des Fachingenieurs an seiner Planung hinter den Interessen des Auftraggebers zurücktreten und eine Entstellung des Werkes oder eine andere Beeinträchtigung i. S. v. § 14 UrhG durch die Maßnahmen nicht zu besorgen ist.
- 13.6 Die dem Auftraggeber nach diesem Vertrag eingeräumten Nutzungsrechte darf der Auftraggeber auf den jeweiligen zur Verfügung über das Grundstück Berechtigten übertragen. Der Fachingenieur stimmt der Übertragung hiermit zu. § 34 UrhG bleibt im Übrigen unberührt.
- 13.7 Die gesetzlichen Urheberpersönlichkeitsrechte verbleiben beim Fachingenieur.
- 13.8 Eine Verweigerung der Zustimmung des Auftraggebers zum Veröffentlichungsrecht des Fachingenieurs muss billigem Ermessen entsprechen.
- 13.9 Die Rechte des Auftraggebers nach § 13 dieses Vertrages sind durch das vertraglich vereinbarte Honorar des Fachingenieurs vollständig vergütet.

§ 14

Planungs- und Überwachungsziele

- 14.1 Quantitäten/Qualitäten:
Der Fachingenieur ist verpflichtet, die in den Planungsstandards für Schulen im Main-Taunus-Kreis – in der bei Vertragsschluss aktuellen Fassung – vorgegebenen Quantitäts- und Qualitätsziele umzusetzen. Die Vorgaben dieser Planungsstandards sind verbindlich; Abweichungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers in Textform.
- 14.2 Kosten:
Für die Leistungsstufe I wird als Budgetvorgabe (Kostenziel) für die Kostengruppe 400 nach DIN 276-1: 2008-12 der beauftragten Anlagengruppen vereinbart: **530.000,00 Euro netto**. Mit Beauftragung der Leistungsstufe II wird das Kostenziel ersetzt durch die Summe der ermittelten Kosten obiger Kostengruppen aus der Kostenberechnung der Leistungsphase 3. Dies stellt die Kostenobergrenze ab der Leistungsstufe II dar. Der Fachingenieur hat seine Leistungen so zu erbringen, dass diese Kostenobergrenze für die Baumaßnahme nicht überschritten wird. Der Fachingenieur übernimmt damit keine Kostengarantie. Unabhängig von der Beachtung der Planungs- und Überwachungsziele hat der Fachingenieur bei allen Leistungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht nur in Bezug auf die Baukosten, sondern auch im Hinblick auf den Betrieb des Gebäudes zu beachten. Unter Wahrung der Vorgaben des Auftraggebers sind die künftigen Bau- und Nutzungskosten möglichst gering zu halten; Baukosten dürfen nicht mit der Folge eingespart werden, dass die Einsparungen durch absehbare höhere Nutzungskosten (insbesondere Betriebs- und Instandsetzungskosten) unverhältnismäßig gemindert werden.
- 14.3 Im Rahmen der fortlaufenden Kostensteuerung und Kostenkontrolle ist der Fachingenieur verpflichtet, die Kosten bis zum Abschluss der Entwurfsplanung in der Gliederung gemäß DIN 276: 2008-12 – und ab der Ausführungsplanung parallel auch nach Vergabeeinheiten zu erfassen und kontinuierlich fortzuschreiben.
- 14.4 Die Kostenobergrenze ist in jeder Leistungsstufe einzuhalten. Der Fachingenieur hat den Auftraggeber fortlaufend zu Kostenrisiken, insbesondere bei zu erwartenden

Baupreissteigerungen, Bestands- oder Baugrundrisiken, zu beraten. Er hat geeignete Maßnahmen zur Reduzierung, Vermeidung, Überwälzung und Steuerung von Kostenrisiken aufzuzeigen. Sofern Kostenrisiken beziffert werden, sind sie in der Kostenermittlung gesondert auszuweisen. Bezifferte Kostenrisiken stellen keine anrechenbaren Kosten dar. Realisiert sich ein Kostenrisiko nach Vertragsschluss und sind dadurch die Planungs- und Überwachungsziele nicht mehr einzuhalten, ist nach § 14 Nr. 14.7 vorzugehen.

14.5 Termine:

Der Fachingenieur hat seine Leistungen so zu erbringen, dass folgende Termine eingehalten werden können:

Baubeginn: -wird nach Vertragsschluss einvernehmlich zwischen dem Auftraggeber und dem Fachingenieur festgelegt-

Fertigstellungstermin/Inbetriebnahme: -wird nach Vertragsschluss einvernehmlich zwischen dem Auftraggeber und dem Fachingenieur festgelegt-

14.6 Auf der Grundlage der Termine gemäß Nummer 14.5 erarbeitet der Auftraggeber gemeinsam mit dem Fachingenieur unverzüglich nach Vertragsschluss einen Zeit- und Ablaufplan betreffend Planung, Vergabe und Ausführung. In Abstimmung mit dem Auftraggeber wird der Fachingenieur diesen Terminplan in regelmäßigen Abständen überprüfen und, soweit sich die Projektumstände geändert haben, fortschreiben bzw. an dessen Fortschreibung mitwirken.

14.7 Der Fachingenieur hat die Einhaltung der Planungs- und Überwachungsziele laufend zu überprüfen und den Auftraggeber unverzüglich in Textform und begründet darauf hinzuweisen, soweit für ihn eine Gefährdung der Planungs- und Überwachungsziele erkennbar wird. Er hat die aus seiner Sicht möglichen Handlungsvarianten zur Gewährleistung der Einhaltung der Planungs- und Überwachungsziele und dabei insbesondere der Kostenobergrenze darzulegen.

§ 15

Vergabe der Bauleistungen

Die Auswahl der einzelnen Unternehmer für die Ausführung des Bauwerkes sowie das Festsetzen der Arbeits- und Lieferungsbedingungen erfolgt im Benehmen mit dem Fachingenieur durch den Auftraggeber. Der Fachingenieur hat den Auftraggeber hierbei fachlich zu beraten, alle Angebote usw. rechnerisch zu prüfen und dem Auftraggeber mit Preisspiegel und Vergabevorschlag vorzulegen.

§ 16

Rechnungsprüfung

16.1 Vom Fachingenieur sind alle Massenberechnungen, Abrechnungszeichnungen und Kostenrechnungen fachtechnisch und rechnerisch vollständig zu prüfen. Zum Zeichen der Prüfung hat der Fachingenieur alle Ansätze und Beträge in blau anzustreichen und die Massenberechnungen und Abrechnungszeichnungen mit folgender Bescheinigung zu versehen:

„In allen Teilen geprüft und mit den aus der Massenberechnung (Abrechnungszeichnungen) ersichtlichen Änderungen für richtig befunden.

- Fachtechnisch richtig, rechnerisch richtig -

mit.....EUR

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

- 16.2 Mit der Bescheinigung übernimmt der Fachingenieur auch in den Fällen, in denen diese Bescheinigung durch einen Erfüllungsgehilfen vollzogen wird, die Verantwortung dafür, dass bei der Durchführung der Bauarbeiten nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit verfahren ist, dass die Lieferungen und Leistungen in Art, Güte und Umfang wie berechnet erbracht sind, dass sie vertragsmäßig und fachgerecht durchgeführt sind, die Vertragspreise eingehalten sowie alle Maße, Mengen, Einzelansätze und Abrechnungen richtig sind.

Im Einzelnen ergibt sich die Bedeutung der Richtigkeitsbescheinigung aus den Verwaltungsvorschriften zu § 70 LHO in Verbindung mit Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 11 GemKVO. Ein Auszug aus diesen Bestimmungen ist beim Hochbau- und Liegenschaftsamt einzusehen.

§ 17

Kündigungsbestimmungen

- 17.1 Der Vertrag kann vom Auftraggeber und Fachingenieur aus wichtigem Grund gekündigt werden (§ 648a BGB). Das Recht des Auftraggebers zur freien Vertragskündigung (§ 648 BGB) bleibt daneben unberührt. Eine Kündigung bedarf stets der Schriftform (§ 650h BGB).
- 17.2 Als wichtiger Grund im Sinne von Abs. 1 ist anzusehen, wenn dem Fachingenieur oder dem Auftraggeber nicht mehr zuzumuten ist, an dem Vertrag festzuhalten. Dies gilt insbesondere, wenn durch Veränderungen von Umständen eine ordnungsgemäße Durchführung des Bauvorhabens nicht mehr gewährleistet ist oder ein öffentliches Interesse, insbesondere auch wirtschaftlicher Art, wie z.B. das Fehlen der für die Bauausführung erforderlichen Haushaltsmittel, entgegensteht.
- 17.3 Der Auftraggeber kann auch dann aus einem wichtigen Grund kündigen, wenn der Fachingenieur seine Zahlungen einstellt oder einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über sein Vermögen oder eines anderen vergleichbaren gesetzlichen Verfahrens stellt. Weiterhin kann der Auftraggeber kündigen, wenn ein solches Insolvenzverfahren Verfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird.
- 17.4 Wird aus wichtigem Grund gekündigt, so erhält der Fachingenieur einen seinen bisherigen vertragsgemäß erbrachten Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung. Weitere Ansprüche des Fachingenieurs sind ausgeschlossen. Kündigt der Auftraggeber aus wichtigem Grund, den der Fachingenieur zu vertreten hat, so gilt § 17 Nr. 17.4 Satz 1 mit der Einschränkung, dass für den Auftraggeber unbrauchbare (Teil-) Leistungen des Fachingenieurs dieser keine Vergütung verlangen kann.
- 17.5 Sofern der Fachingenieur eine Vergütung nach § 648 BGB verlangen kann, hat der Fachingenieur auf Wunsch des Auftraggebers eine eidesstattliche Versicherung über seine konkret ersparten Aufwendungen und die konkrete anderweitige Verwendung seiner Arbeitskraft aufgrund der Kündigung abzugeben.
- 17.6 § 648a Abs. 6 BGB bleibt unberührt.
- 17.7 Für die Kündigung bei Verstößen gegen das Vergaberecht gilt § 133 GWB.

§ 18

Haftung und Verjährung

- 18.1 Der Fachingenieur haftet insbesondere dafür, dass seine Leistungen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen und ohne Mängel sind.
- 18.2 Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche des Auftraggebers richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, soweit nachfolgend nichts anderes vereinbart ist. Die Haftung des Fachingenieurs für die Vollständigkeit und Mängelfreiheit seiner Leistungen bleibt unberührt, auch wenn der Auftraggeber sie vorbehaltlos entgegennimmt oder freigibt.

- 18.3 Der Fachingenieur hat dem Auftraggeber bei Verzug oder bei einem sonstigen schuldhaften Verstoß gegen seine Vertragspflichten die dadurch bedingten Mehrkosten der Baumaßnahme, den Schaden an der baulichen Anlage und die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachten anderen Schäden in voller Höhe zu ersetzen; für den übrigen Schaden haftet er je nach Schadenereignis bis zur Höhe der im Vertrag vereinbarten Deckungssummen der Haftpflichtversicherung.
- 18.4 Im Falle seiner Inanspruchnahme kann der Fachingenieur verlangen, dass er an der Beseitigung des Schadens beteiligt wird, es sei denn, dem Auftraggeber ist aus Gründen, die in der Person des Fachingenieurs liegen, dessen Beteiligung an der Schadenbeseitigung nicht zuzumuten.
- 18.5 Die Rechte des Auftraggebers aus Pflichtverletzungen des Fachingenieurs wie Mängel und Schadensersatzansprüche richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften.
Die Verjährungsfristen für Mängelansprüche des Auftraggebers bestimmen sich nach § 634a BGB und beginnen mit der (Teil-) Abnahme der Leistungen gemäß § 4 Nr. 4.10.

§ 19

Haftpflichtversicherung des Fachingenieurs

- 19.1 Der Fachingenieur muss eine Berufshaftpflichtversicherung innerhalb 4 Wochen nach Vertragsabschluss nachweisen und während der gesamten Vertragszeit unterhalten. Er hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz für alle im Vertrag vereinbarten Leistungen besteht; mit einer Deckungssumme von mindestens

EUR 1.500.000 für Personenschäden

EUR 500.000 für sonstige Schäden

Die vorstehenden Deckungssummen müssen in jedem Versicherungsjahr mindestens zweifach zur Verfügung stehen. Die Versicherungsbedingungen haben eine Nachhaftung von 30 Jahren vorzusehen.

- 19.2 Der Fachingenieur hat vor dem Nachweis des Versicherungsschutzes keinen Anspruch auf Leistungen des Auftraggebers. Der Auftraggeber kann Zahlungen vom Nachweis des Fortbestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.
- 19.3 Der Fachingenieur ist zur unverzüglichen schriftlichen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit Deckung in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht. Er ist in diesem Fall verpflichtet, unverzüglich durch Abschluss eines neuen Versicherungsvertrages Deckung in der vereinbarten Höhe für die gesamte Vertragszeit nachzuholen, zu gewährleisten und nachzuweisen. Lässt der Fachingenieur eine hierzu vom Auftraggeber gesetzte, angemessene Frist fruchtlos verstreichen, ist der Auftraggeber berechtigt, eine solche Deckung auf Kosten des Fachingenieurs einzuholen. Das Recht des Auftraggebers zur Kündigung des Vertrags aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

§ 20

Salvatorische Klausel, Streitigkeiten und Erfüllungsort

- 20.1 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages rechtsunwirksam sein, so wird dadurch die Rechtswirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht berührt. Die Vertragsparteien sind in diesem Falle verpflichtet, die rechtsunwirksame Vertragsbestimmung dahingehend umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der unwirksamen Bestimmung zum Ausdruck gekommene Parteiwille unter Einbeziehung der beabsichtigten wirtschaftlichen Zwecke erreicht wird. Entsprechendes gilt, wenn sich bei der Durchführung dieses Vertrages eine Regelungslücke ergeben sollte.
- 20.2 Etwaige Streitigkeiten aus dem Vertrag sind im ordentlichen Rechtswege auszutragen.

- 20.3 Erfüllungsort ist der jeweilige Standort des Objektes
Gerichtsstand ist Frankfurt am Main

§ 21

Forderungsabtretung

Forderungsabtretungen an Dritte für Leistungen aus diesem Vertrag sind ausgeschlossen.

§ 22

Vertragsausfertigungen

Dieser Vertrag ist mit einer Hauptausfertigung für den Auftraggeber sowie einer Zweitausfertigung für den Fachingenieur aufgestellt worden, die von beiden Teilen unterschrieben sind.

Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Das gilt auch für den Verzicht auf die Schriftform.

65719 Hofheim am Taunus, den

Für den Auftraggeber:

Für den Fachingenieur

Main-Taunus-Kreis

.....
(Peter Wesp)
Amtsleiter

.....
Firmenstempel

© 02/22 Main-Taunus-Kreis, 65719 Hofheim